



Wenn ich kreativ gefordert werde, wovon ich normalerweise Angst habe. Zum Beispiel den Flat-Haarschnitt, der sehr schwierig ist: Wenn ich den hinkriege, dann bin ich glücklich.

Julia Rickler, 24 Jahre, Friseurin in Berlin, erhält in der Stunde 4,50 Euro

Die Niedriglohn-Falle

Nicht genug zum Leben trotz Ganztagsstelle von Karin Schott

Für mindestens 2,1 Millionen Beschäftigte in Deutschland ist ein Armutslohn traurige Realität. Rund siebzig Prozent von ihnen sind Frauen: Putzfrauen, Friseurinnen oder Floristinnen, aber auch hoch qualifizierte junge Akademikerinnen, die in Billigjobs hängen bleiben und trotz 40-Stunden-Woche von Armut bedroht sind.

Eine von ihnen ist die 32-jährige Verkäuferin Sabine*, die nach drei schlecht bezahlten Jobs die Nase voll hat: »Was Arbeitsstellen angeht, hatte ich immer nur Pech«, meint sie rückblickend. Obwohl sie lange Zeit keinen Job hatte, meldete sie sich nie arbeitssuchend, den Gang zum Arbeitsamt empfindet sie als demütigend. »Irgendwann hatte ich genug davon, nicht dazuzugehören, und schaute mich im Internet nach einer Arbeit um«, erzählt Sabine. Schnell

fand sie eine Beschäftigung als Callcenter-Mitarbeiterin bei einem Telefonunternehmen, der sich für sie allerdings zum Albtraum entwickelte. »Das Gehalt war eine Frechheit, aber ich wollte einfach etwas tun.« Neun Stunden am Stück saß Sabine am Telefon und sollte überbezahlte Telefonanruf-Angebote verkaufen – vor allem an alte Menschen. Das Netto-Grundgehalt lag zwischen 600 und 800 Euro, den Rest gab es auf Provisionsbasis: Für die Vermittlung von

Verträgen an KundInnen sollte Sabine einen Zuschlag auf ihr Grundgehalt bekommen.

Da Sabine nicht skrupellos überbezahlte Tarife verkaufen wollte, kündigte sie nach zehn Tagen. Sie versuchte ihr Glück bei einer anderen Telefongesellschaft. Dort sollte sie ein Nettogehalt von 1.000 Euro bekommen und sich das Restgehalt wieder über Verkaufsprovisionen erarbeiten. »Aber der Job und der Druck waren

hier noch schlimmer«, erinnert sie sich. Wie beim ersten Telefonunternehmen gab es keine Einarbeitung. »Ich durfte einen halben Tag zuhören, und am Nachmittag sollte ich gleich selbst Telefentarife verkaufen. Da ich nicht wie meine Kollegen Kunden unter Druck setzen oder gar anschnauzen wollte, brachte ich zu wenig Umsatz und wurde nach vier Tagen gekündigt.«

Da sie den Gang zum Arbeitsamt immer noch scheute, suchte sie sich eine neue Stelle im »Tierschutz-Bereich«, wie es in der Zeitungsannonce hieß. Die Stellenanzeige sprach Sabine an, denn sie wollte eine sinnvolle Beschäftigung. Das Vorstellungsgespräch wurde schnell am Telefon abgewickelt, per SMS sollte sie ihre Adresse schicken. »Ich wunderte mich über diese komische Vorgehensweise. Aber ich dachte mir, ich schaue mir das an.« Sabine sollte diesmal 1.200 Euro netto verdienen. Ihr neuer Chef: ein Mann mit großem Auto und gefährlichem Hund. »Als ich sah, wie dieser Mann seinen Hund behandelte, wurde mir klar, dass er nichts mit Tierschutz zu tun hatte. Schnell merkte ich, dass ich bei einer Drückerkolonne gelandet war.« Als Drückerkolonnen werden VerkäuferInnen bezeichnet, die an der Haustür oder auf der Straße Zeitschriften-Abonnements, Telefonanschlüsse oder, wie in Sabines Fall, Spenden für einen vorgeblich gemeinnützigen Zweck einwerben – oft außerhalb der gesetzlichen Regelungen und mit unmoralischen oder kriminellen Methoden. »Ich sollte mit sieben jungen Leuten zwischen zwanzig und dreißig Jahren in einem Haus leben«, berichtet Sabine. »Das Gehalt war gelogen: Keiner bekam mehr als zehn Euro am Tag ausbezahlt. Wer tagsüber nicht genug Umsatz gemacht hatte, wurde vom Chef angeschrien.«

Am Morgen wurden alle VerkäuferInnen per Kleinbus in die Stadt gefahren. »Wir durften entscheiden, ob wir für Kinder oder Tiere sammeln wollten.« Einem gemeinnützigen Verein kamen die eingetriebenen Spenden nicht zugute. »Letztlich wird das Geld auf das Konto des Chefs geflossen

sein«, vermutet Sabine. Sie kündigte noch am ersten Tag. Inzwischen hat sie Aussicht auf einen seriösen Job.

Wer verzweifelt auf der Suche nach Arbeit ist, kann nicht wählerisch sein. Das nutzen viele Firmen aus und bieten skandalöse Arbeitsbedingungen bei geringer Entlohnung. Tatsache ist: Es trifft auch gut Ausgebildete. Nur eine Minderheit der BewerberInnen von Niedriglöhnen verfügt nicht über einen beruflichen Abschluss, gut sechzig Prozent sind qualifiziert. Vor allem Frauen sind im Niedriglohnsektor tätig, in Berufen der Dienstleistungsbranche, als Floristin, Reinigungskraft oder im Gaststätten- und Hotelgewerbe. AusländerInnen machen nur knapp neun Prozent der Niedriglohnbeschäftigten aus.

Hartz IV im Lohn einkalkuliert

Wie Sabine kämpft auch die 35-jährige Manuela* im sogenannten Niedriglohnsektor ums Überleben: Die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern im Alter von sieben und dreizehn Jahren verdient als Friseurin 1.053 Euro brutto im Monat bei einer 31,5-Stunden-Woche. Bei vielen solchen Billigjobs wird in Deutschland von den Arbeitgebern einkalkuliert, dass der Staat den Lohn durch Arbeitslosengeld aufstockt. Das bestätigt anonym auch ein Arbeitsvermittler: »Die neuen Mitarbeiter werden aufgefordert, ihr Restgehalt über Hartz IV zu beantragen.« Derzeit beziehen etwa 500.000 Menschen, die in Voll- oder Teilzeit arbeiten, ergänzend Arbeitslosengeld II, um ihren Lebensunterhalt sichern zu können.

Viele ArbeitnehmerInnen stecken in der Niedriglohnfalle, sie bleiben als Praktikantin, Trainee oder in einer Assistentenstelle hängen. Das Beispiel der Agraringenieurin Julia* ist typisch für die sogenannte Generation Praktikum: Julia ist hochqualifiziert, ihr Studium absolvierte sie mit Auszeichnung, doch trotz der guten Ausbildung wird sie als Praktikantin von einem landwirtschaftlichen Verband ausgenutzt. Bei einer 40-Stunden-

Woche verdient sie 250 Euro im Monat. Nach Abzug der Krankenversicherung bleiben ihr 125 Euro monatlich. »Das Gehalt ist wirklich frustrierend, aber ich bin froh, überhaupt einen Start ins Berufsleben geschafft zu haben«, erklärt sie. »Auf diese Chance habe ich sehr lange gewartet.« Trotz zahlreicher Bewerbungen schaffte es Julia nach Ende des Studiums lange Zeit nicht einmal, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. »Wahrscheinlich hatten die Arbeitgeber Angst, dass ich als Frau bald Kinder bekomme«, vermutet die 29-Jährige. Sie sah sich gezwungen, als Praktikantin zu arbeiten. Doch mittlerweile hat Julia die Hoffnung, in Zukunft doch noch ein angemessenes Gehalt zu bekommen. Inzwischen hat sie sich als Landwirtschafts-Fachberaterin bewährt und bekommt ein Trainee-Gehalt von 800 Euro – immer noch zu wenig für ihre Ausbildung.

Der aktuelle Armutsbericht der Bundesregierung zeigt auf, wie sehr sich das Risiko, in die Armut abzurutschen, durch Billigjobs erhöht. Vor allem wenn Aufstiegsmöglichkeiten versperrt sind und die Betroffenen zwischen Arbeitslosigkeit und schlecht bezahlten Jobs hin- und pendeln. Bereits jedeR achte Deutsche ist arm oder von Armut gefährdet. Das geht aus der Studie »Leben in Europa« hervor, die das Statistische Bundesamt im Dezember in Berlin vorstellte. Als armutsgefährdet gilt dabei jeder, der weniger als sechzig Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Das mittlere Einkommen pro Person liegt derzeit bei 1.427 Euro. Das heißt: Wer weniger als 856 Euro netto im Monat zur Verfügung hat, ist armutsgefährdet. Ohne soziale Leistungen wären das der Studie zufolge fast doppelt so viele Menschen.

Die Lohnspirale dreht sich bereits seit Jahren nach unten: 15 bis zwanzig Prozent der Löhne in Deutschland liegen im Niedriglohnbereich – sie unterschreiten den Tariflohn und sichern das Existenzminimum nicht ab. Zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland beziehen

Armutslöhne und erreichen nicht einmal die Hälfte des Brutto-Durchschnittslohns.

Forderung nach Mindestlohn wird lauter

Wer Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben können. Aus diesem Grund kämpft die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) seit zwei Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn. Das Motto lautet »Jetzt mit 7,50 Euro beginnen und schrittweise auf neun Euro erhöhen.« In Deutschland gab es bislang keinen Mindestlohn. Schon aus dem Grund, weil es selbst innerhalb der Gewerkschaften lange Zeit unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema gab. Das hat sich inzwischen geändert. Die Forderung nach einem Mindestlohn wird von immer mehr Organisationen unterstützt.

Ein gesetzlicher Mindestlohn würde verhindern, dass Menschen zu Hungerlöhnen arbeiten müssten, aber auch UnternehmerInnen schützen, weil ruinöse Unterbietungswettläufe ein Ende hätten. Auch für die Regierung hätte der Mindestlohn einen großen Vorteil: wirtschaftliches Wachstum, da die Menschen mehr Geld zur Verfügung hätten. Das

würde zu höheren Steuereinnahmen führen und die sozialen Sicherungssysteme stärken.

KritikerInnen des gesetzlichen Mindestlohns befürchten den Verlust von Arbeitsplätzen, da sich viele Unternehmen möglicherweise die Beschäftigten nicht mehr leisten könnten. »In Großbritannien sind durch den Mindestlohn aber keine Arbeitsplätze weggefallen, im Gegenteil, es sind neue entstanden«, weiß Cornelia Haß, Pressesprecherin von Verdi. »In fast allen westeuropäischen Ländern läuft es besser als bei uns«, erklärt Haß. Das bestätigte auch Hartmut Seifert vom Düsseldorfer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), der im vergangenen Oktober als Experte im Bundesarbeitsministerium angehört wurde: »In kaum einem europäischen Land findet sich ein derart unregulierter Niedriglohnsektor wie in Deutschland. Wie die internationalen Erfahrungen mit den gesetzlichen Mindestlöhnen zeigen, bieten diese einen doppelten Schutz: Sie schützen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber vor einem existenzgefährdenden Lohnkostendumping.«

Auch Seifert führt Großbritannien als Beispiel an: Seit der Einführung 1999 habe sich dort der gesetzliche Min-

destlohn um mehr als vierzig Prozent erhöht, während im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent zurückgegangen sei. »Umgekehrt ist zu beachten, dass in Deutschland der seit einigen Jahren andauernde Anstieg des Niedriglohnssektors keineswegs, wie in der Theorie unterstellt, zu mehr Beschäftigung geführt hat«, betont Seifert.

Wann der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland kommen wird und in welcher Höhe, ist offen. Bundeskanzlerin Merkel verkündete noch im vergangenen Herbst, dass die SPD-Forderung für diese Legislaturperiode begraben sei. Inzwischen aber hat es Annäherungen gegeben. Anfang März gab die Union im Koalitionsausschuss ihren grundsätzlichen Widerstand gegen einen Mindestlohn auf. In einem gemeinsamen Papier hieß es, man wolle mit einer »Schranke beim Entgelt« den Beschäftigten einen »fairen Lohn« sichern.

** Die genannten Betroffenen wollten anonym bleiben, weil sie Angst um ihren Arbeitsplatz haben.*

Gekürzter, aktualisierter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus Engagiert – Die Christliche Frau 1/07, Mitgliederzeitschrift des Katholischen Deutschen Frauenbundes.

Berufe mit den höchsten Niedriglohnanteilen in Deutschland im Jahr 2003

FriseurInnen	92,5%
FloristInnen	81,0%
WäscherInnen	69,3%
KellnerInnen	67,4%
Reinigungskräfte	66,0%
Landarbeitskräfte	62,8%
NäherInnen	60,8%
ApothekenhelferInnen	59,1%
Sprechstundenhilfen	58,3%
KöchInnen	55,4%
WächterInnen, AufseherInnen	47,5%
VerkäuferInnen	43,3%
KassiererInnen	41,3%
KonditorInnen	33,7%
Zahn technikerInnen	29,3%

Quelle: IAB

Warum 7,50 Euro?

Nicht weniger als 7,50 Euro pro Stunde. Das ist das Ziel der Initiative Mindestlohn, die von der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ins Leben gerufen wurde und inzwischen von zahlreichen Institutionen und Einzelpersonen unterstützt wird.

Ausgangspunkt im Jahre 2004 war der Brutto-Durchschnittslohn, der damals bei 2.880 Euro lag. Weniger als die Hälfte davon gilt als Armutslohn. Doch diese Summe berücksichtigt nur die Vollzeitstellen. Vom Niedriglohn sind jedoch besonders viele Teilzeit-Beschäftigte betroffen.

Daher wurde ein Einkommen von 1.250 Euro als untere Basis geschätzt. Rechnet man diese Summe auf eine 38,5-Stunden-Woche um, kommt man zu einem Stundenlohn von 7,50 Euro. Dies ist die untere Grenze, die mit der Kampagne erreicht werden soll. Sie soll sich in den kommenden Jahren bis auf 9,00 Euro steigern. Mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde läge Deutschland im Vergleich mit anderen EU-Ländern, die bereits einen Mindestlohn haben, im Mittelfeld.

www.mindestlohn.de